

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

226 (28.9.1929)

# Beilage zur Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

### Der Besuch des Reichsrates in Baden

#### Die Reden in Karlsruhe

Die nach der bereits mitgeteilten Begrüßungsansprache des Staatspräsidenten in Karlsruhe vor dem Reichsrat gehaltenen Vorträge hatten folgenden Wortlaut:

#### Oberbürgermeister Dr. Finter, Karlsruhe

Meine sehr verehrten Herren!

Als vor 2 Jahren der damalige badische Staatspräsident, Herr Minister Dr. Traut, und ich eine Stadt an der Oberrhein besuchten, um der Tausende neuen Kreuzers „Karlsruhe“ anzuhängen, da wurden wir von einer Zeitung dieser Stadt als Vertreter eines biederen Bergvolkes begrüßt. Nun, meine Herren, Sie werden auf Ihrer Reise sich davon überzeugt haben, daß wir in Baden zwar Berge haben, daneben aber auch die große ober-rheinische Tiefebene, in deren Mitte Sie sich heute befinden, und die an der Stelle, an der wir stehen, nur etwa 110 m über dem Meeresspiegel liegt.

Man würde sich täuschen, wenn man die mangelnde Kenntnis des Verfassers jenes Artikels von unserem Lande als eine Einzelerscheinung ansehen würde. Der anerkannt unzulängliche geographische Unterricht, den die deutschen Schulen allenthalben vermitteln, ist schuld daran, daß man auch in den Zentralstellen des Reiches häufig genug nur recht unbedeutlichen Vorstellungen vom Oberrhein begegnet. Der verzweifelte Versuch, sie während der Besprechung durch verstellte Blicke auf die Landkarte etwas zu vervollständigen, hat mich bei Besuchen in Berliner Amtsstuben wiederholt belustigt. Doch die Sache hat eine recht trübe Seite; es ist klar, daß ein solcher Mangel auch die Fähigkeit der richtigen Beurteilung unserer Verhältnisse ungünstig beeinflussen muß, und so können wir es nur dankbar begrüßen, daß Sie, wenn auch auf einer nur kurzen Reise, zu uns gekommen sind, um an dem Ort und an der Stelle, wo sich die so schmerzlichen Verhältnisse abspielen, uns mit unseren Anliegen anzuhören.

Sie kommen von Freiburg und Regensburg; man hat Ihnen dort gewiß von der fatalen Wahlen

#### Wirkung der durch den Verfall der Vertrag geschaffenen Grenzlage

Bericht. Nun, meine sehr verehrten Herren, das gleiche gilt auch für Mittelbaden, über dessen Lage ich Ihnen von kommunalpolitischen Gesichtspunkten aus berichten soll. Auch dieser Teil des Landes ist zur größeren Hälfte unmittelbares Grenzland geworden. In diesem Saale befinden wir uns nur 13,5 km von der französischen Grenze entfernt, und würde es die Zeit Ihres Aufenthaltes gestattet, so könnte ich Sie an eine Stelle unserer Karlsruher Gemarkung führen, die bis auf 5,1 km an französischem Boden herangerückt ist. Vor 1914 verbanden die beiden stammverwandten deutschen Länder diesseits und jenseits des Rheines die regsten persönlichen und kommerziellen Beziehungen.

In der Zeit zwischen den beiden Kriegen hatte sich in unserem Lande die Lage an einer der wichtigsten Verkehrsstraßen begünstigten Landstrich eine blühende Industrie angelehnt, die, in der Hauptsache konsumorientiert, in dem nahen Elsaß ein konsumträchtiges Absatzgebiet fand. Namentlich die Stadt Karlsruhe konnte sich, gestützt auf dieses weit ausgedehnte Hinterland, industriell und kommerziell entwickeln, so daß allmählich die ursprüngliche reine Hof- und Beamtenstadt hinter der neuen Industriestadt zurücktrat. Bereits im Jahre 1907 waren in Karlsruhe 33000 Personen in Industrie und Handwerk beschäftigt; ihre Zahl stieg bis zum Ausbruch des Weltkrieges auf 41000. Die Gesamtbevölkerungszahl unserer Stadt, die 1871 noch 36500 betrug, hatte um die Jahrhundertwende nahezu das erste Hunderttausend erreicht, um bis zum Ausbruch des Krieges auf 146000 anzuwachsen. Ähnlich günstig haben sich die Verhältnisse in den übrigen Städten unseres Landes, in Bruchsal, Durlach, Forstheim, Ettlingen und Kastatt entwickelt; das Aufblühen der Räderstadt Baden-Baden ist Ihnen ja ebenfalls bekannt. In allen diesen Städten — ausgenommen Forstheim und Baden-Baden — waren auch die Garnisonen eine Quelle des Wohlstandes; die Karlsruher Garnison allein zählte 5000 Köpfe.

Der unglückliche Kriegsausgang hat dieser Entwicklung ein jähes Ende bereitet. Die Garnisonen wurden nicht nur, wie anderwärts, vermindert; sie mußten auf Grund des Verfallens der Verträge in dieser Zone vollständig verschwinden. Die Abtrennung Elsaß-Lothringens, die Errichtung der Zollschranken am Rhein und die noch heute fortwährende Behinderung des Verkehrs zwischen Rhein und Oberrhein haben das einseitige Wirtschaftsgebiet der ober-rheinischen Tiefebene zerrissen, und unserer Industrie ging nicht nur der Auslandsmarkt verloren, sondern sie mußte auch die Förderung ihres inländischen Absatzgebietes durch den Verlust Elsaß-Lothringens hinnehmen. Dazu kamen die ungünstigen Wirkungen, welche die Besetzung der nahen Pfalz und die Kämmung des wirtschaftlichen Lebens als ihre Folge auf unseren Landesteil ausübten und noch ausüben.

Es kann nicht wundernehmen, daß diese besonderen ungünstigen Umstände neben der allgemeinen Not, die auf ganz Deutschland lastet, bei uns auch besondere ungünstige Wirkungen auslöste. Sie zu schildern, soweit die private Wirtschaft in Frage kommt, ist Sache einiger nachfolgender Redner. Um Wiederholungen zu vermeiden, beschränke ich mich auf eine kurze Schilderung der kommunalpolitischen Auswirkungen.

Ich nehme zur Erläuterung das Beispiel, das mir am nächsten liegt, die Stadt Karlsruhe. Die Bevölkerungszahl, die beim Ausbruch des Krieges bereits 146000 erreicht hatte, ging trotz der Aufnahme von etwa 8000 städtischen Elsaß-Lothringern auf 137000 im Herbst 1920 zurück. Die Zahl der in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen sank von 41000 vor dem Kriege auf 37600. Das in Karlsruhe besteuerte Betriebsvermögen verminderte sich von 224 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 93 Millionen Reichsmark im Jahre 1928. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den übrigen Gemeinden mit industriellem Einschlag. Sie sehen, es waren schlimme Rückschläge, die wir erlitten haben, Rückschläge, die härter waren als in manchen anderen Teilen Deutschlands empfunden wurden, insbesondere in dem nahem Württemberg, das der glückliche Ruhmnießer der Grenzverschiebung ist.

Nun wollen wir ja nicht über Vergangenes klagen, wenn es überholt ist, und wir stehen nicht an, zuzugeben, daß wir manch' böse Folge des Krieges allmählich haben überwinden können. So ist unsere Bevölkerungszahl von dem Tiefstand von 137000 auf 153000 gestiegen; die in Industrie und Handwerk beschäftigte Personenzahl ist heute nach 15 Jahren wieder annähernd der um 1914 gleich, und als besonderes Plus verzeichnen wir die Steige-

rung von Handel und Verkehr, in denen heute etwa 25000 Personen gegen 13500 im Jahre 1907 beschäftigt sind. Wir verdanken dies im wesentlichen der Entwicklung unseres Rheinhafens, auf den ich nachher zu sprechen kommen werde. Wir hoffen auch, daß es gelingt, die ganz verkehrte, aber weite verbreitete und unsere Entwicklung fast behindernde Vorstellung, als drohten einer Industrieanhäufung an der Grenze am Rhein im Falle kriegerischer Verwicklungen größere Gefahren als anderwärts, endlich zu zerstreuen.

Aber trotzdem ist unsere wirtschaftliche Lage auch heute noch im ganzen recht, recht unglücklich. Der Grenzwind ist eben frohlig und hindert immer noch die rechte Entfaltung neuer Triebe am Stamme unserer Wirtschaft. Die Ungunst der Verhältnisse drückt sich vor allem in besonders hohen Fiskuslasten der Kommunen unseres Bezirkes aus. Ihre Ursache ist eine überaus hohe Arbeitslosenziffer als Folge der schlechten Beschäftigung der Industrie, obwohl alle Städte unseres Bezirkes durch regere Förderung des Wohnungsbauwesens alle ihnen möglichen Anstrengungen machen, Leute in Arbeit zu bringen. So ist bezeichnend, daß in der Mitte des Monats von der Konjunktur begünstigten Jahres 1927 in Karlsruhe noch 22,41 Hauptunterstützte auf 1000 Einwohner entfielen, während zu jener Zeit der Reichsdurchschnitt nur 7,14 war. Und auch heute stehen wir in Baden wesentlich schlechter als andere Länder. Unser Nachbarland Württemberg z. B. ist in der glücklichen Lage, Ende August dieses Jahres auf 1000 Einwohner nur 4,94 Reichsunterstützte zu zählen, während Baden deren 12,32 aufweist. Karlsruhe liegt dabei über dem badischen Durchschnitt und zählt sogar 13,82 Reichsunterstützte auf 1000 Einwohner.

Damit ist indes die Erwerbslosigkeit unserer Stadt keineswegs vollständig erfasst, wie überhaupt die offiziellen Reichszahlen kein vollständiges Bild der Erwerbslosigkeit geben, weil sie nur die Reichsunterstützten erwähnen, nicht aber die sogenannten Ausgesessenen, die ausschließlich der Kommune zur Last fallen; und deren Zahl ist nicht gering. Die Bewegung des Übergangs von der Arbeitslosenversicherung auf die Wohlfahrtsunterstützung, die im Herbst 1928 nach Ablauf der ersten Fristen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes begonnen hat, hatte Ende Juni 1929 der Stadt Karlsruhe bereits 800 solcher Bedürftigen zugeführt, und heute beträgt ihre Zahl 1200, erreicht also mehr als 50 Proz. der von der Arbeitslosenversicherung einschließlich der Kreisfürsorge erfassten. Im ganzen haben wir in Karlsruhe 3400 Unterstützungsberechtigte Erwerbslose, das sind 21,85 Personen auf 1000 Einwohner, eine überaus hohe Zahl, die nicht unerheblich über dem Reichsdurchschnitt liegen dürfte. Ähnlich steht es in den übrigen Gemeinden unseres Bezirkes.

Es ist verständlich, daß unter solchen Umständen der Fürsorgeaufwand der Stadt ins Phantastische gestiegen ist. Während wir im Jahre 1913 für das Fürsorgewesen 525000 M. ausgegeben haben, mußten wir 1928 5,25 Millionen Reichsmark, das ist genau das Zehnfache, dafür aufwenden. Dabei ist der staatliche Anteil an der sogenannten geborgenen Fürsorge, der rund 844000 M. beträgt, nicht mitgerechnet. Der Fürsorgeaufwand der Stadt übersteigt damit ihren Anteil an den Einnahmen aus den Hauptsteuern, den sogenannten Abverwehungssteuern, der 4,5 Millionen Reichsmark beträgt, um ein Erhebliches. Für alle anderen zwangsläufigen Ausgaben, wie die für Polizei, Schulen usw., von denen der Schulaufwand allein 3,5 Millionen Reichsmark ausmacht, muß also die Stadt aus anderen Einnahmen Deckung suchen. Dabei wird die Gesamtlage unserer Wirtschaft dazu, die Last der Realsteuern möglichst niedrig zu halten. Sie erbringen denn auch im Jahre 1929 nur 3,2 Millionen Reichsmark, das sind nur rund 800000 M. oder 33 1/2 Proz. mehr als in der Vorkriegszeit.

Im ganzen ist das Aufkommen der Stadt aus Steuern und Abgaben jeder Art mit Ausnahme des Anteils des Wohnungsbauwesens an der Gebäudewerbesteuer gegenüber der Vorkriegszeit um 125,03 Proz. gestiegen, während allein die zwangsläufigen Ausgaben für Fürsorge, Polizei und Schulen eine Steigerung von 189,32 Proz. aufweisen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den übrigen Städten unseres Bezirkes. Die Städte Bruchsal und Durlach haben Ihnen darüber eine besondere Denkschrift unterbreitet, auf die ich ausdrücklich Bezug nehme. Man wird es bei diesem Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben begreifen, wenn ich sage, daß es uns mit schwerer Sorge erfüllt, wie wir weiterhin unserer besonderen Aufgabe, die uns als Grenzland zufallt, Hülfe der deutschen Kultur zu sein, gerecht werden sollen.

Baden ist ein Land, das sich vor dem Kriege eines hohen Standes seines kulturellen Lebens erfreuen durfte; auch unsere Stadt war eine weithin bekannte Pflegestätte der Kunst aller Art. Es ist nicht überheblich, sondern die Erkenntnis unserer Aufgabe an der Grenze Deutschlands, wenn wir darnach streben, diese Güter zu erhalten. Wie aber soll das in einem Lande und in einer Stadt geschehen, deren wirtschaftliche Quellen in der geschädigten Weise notleiden? Nun, meine sehr verehrten Herren, ich bin kein Freund des Vettelns um milde Gaben. Was wir wollen, ist

#### ausgleichende Gerechtigkeit.

Eine solche müßte den notleidenden Teilen Deutschlands und damit auch dem Lande Baden zunächst in steuerlicher Beziehung zuteil werden.

Es ist das hervorsteckende Merkmal unserer Entwicklung, daß als Folge der Konzentrationsbestrebungen der Wirtschaft die Steuerwerte an gewissen bevorzugten Stellen zusammenströmen, während andere Teile des Reiches, die man mit dem Worte Provinz zusammenfassen kann, davon entblößt werden. Je stärker aber diese Kraftentziehung der Provinz ist, desto höher steigen in ihr die sozialen Lasten und desto größer muß in ihrer Bewältigung werden, wenn man, wie es jetzt geschieht, die Erträge der Hauptsteuern, das sind die Abverwehungssteuern, nach dem Aufkommen und der Einwohnerzahl ohne Rücksicht auf die Höhe der Lasten verteilt.

Mit Recht hat die badische Regierung am Schlusse ihrer Denkschrift über die wirtschaftliche und kulturelle Notlage Badens als Grenzland gefordert, daß man in der Verteilung der Abverwehungssteuern darauf Rücksicht nimmt, daß sich in Baden die Verhältnisse auf der Einnahmeseite für Land und Gemeinden gegenüber der Vorkriegszeit und im Vergleich zu anderen Ländern als Folge der geschädigten Entwicklung wesentlich verschlechtert haben, während nach der Ausgaben Seite trotz aller Sparmaßnahmen drückende neue Lasten uns erwachsen sind. Der Vorschlag unseres Staatspräsidenten, für die Verteilung der Abverwehungssteuern einen Schlüssel aufzustellen, der neben dem Steueraufkommen den objektiven Steuerbedarf der einzelnen Länder stärker betont, als es bisher durch die Berücksichtigung der

Einwohnerzahl geschieht, entspräche dem Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit.

Wäre dies eine Maßnahme, die dauernde Hilfe bringen könnte, so möchte ich für eine Übergangszeit darum bitten, daß man uns durch Erleichterungen in der darlehensweisen Zurverfügungstellung von Mitteln zur Ausführung von Notstandsarbeiten zu Hilfe kommt.

#### Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit

Für unsere überaus große Schar von Erwerbslosen ist eine wirtschaftliche, soziale und moralische Forderung. Es ist nun aber leider so, daß je größer die Arbeitslosenzahl und damit die sozialen Lasten der Kommunen sind, desto geringer die Mittel werden, die sie selbst zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit aufbringen können. Eine höhere Bemessung der Quote der Reichsdarlehen für die produktive Erwerbslosenfürsorge würde die Durchführung von Notstandsarbeiten unseren notleidenden Gemeinden erleichtern. Auch die Anweisung an die Reichsanstalten, die Gelder ausleihen, die notleidenden Teile durch größere Bereitwilligkeit und günstigere Gestaltung der Bedingungen, insbesondere des Zinsfußes, zu unterstützen, gehört hierher.

Wichtiger aber als diese vorübergehende Hilfe wäre die unmittelbare Förderung der Wirtschaft unseres Landes. Immer wieder muß man klagen darüber hören, daß aus unserem Lande gewaltige Erträge der Reichsanstalten, insbesondere der Reichsbahn, nach Berlin abströmen, daß davon aber nur unzulängliche Teile durch Erteilung von Aufträgen in unser Wirtschaftsgebiet zurückfließen. Ich möchte deshalb an dieser Stelle den Wunsch unserer Wirtschaft nach stärkerer Berücksichtigung bei Lieferungsaufträgen wärmstens unterstützen.

Darüber hinaus haben wir einige Wünsche, die z. T. örtlich in Karlsruhe gebunden sind, deren Erfüllung aber der wirtschaftlichen Entwicklung ganz Mittelbadens einen merkwürdigen Impuls geben könnte. Ich habe vorhin schon einmal die günstige Verkehrsverhältnisse Karlsruhe und seines Bezirkes erwähnt. In der Tat, wir liegen an der Schiffsfahrtsstraße des Rheines, liegen an der großen, völkerverbindenden Landverkehrsstraße durch das Oberrhein, und zwar an der Stelle, wo eine ebenfalls wichtige Ost-West-Verbindung das Rheintal schneidet. Hier gilt es, einzugehen und uns zu helfen, diese günstige Lage noch mehr auszunutzen. Durch die Donellsche Rheinrektion ist der regelmäßige Schiffsfahrtsweg auf dem Rhein bis Straßburg verlängert worden. Karlsruhe hat diese Günstigkeit der Entwicklung erfasst und sich um die Jahrhundertwende mit dem Rhein durch einen Hafen verbunden. Dessen Entwicklung ist, wie schon erwähnt, erfreulich; sie könnte aber noch günstiger sein, wenn die Rheinschiffahrt nicht unter

#### der Tarifpolitik der Reichsbahn

litt. Ich darf annehmen, daß Sie darüber morgen in Mannheim des Näheren unterrichtet werden und möchte hier nur die Forderung unterbreiten, daß endlich die bahntarifliche Gleichstellung der Rheinunmischlagplätze mit den deutschen Seehäfen zugelassen wird, und noch die weitere hinzugefügt, daß auch innerhalb des Rheingebietes tariflich nichts geschieht, was geeignet wäre, speziell die Günstigkeit unserer natürlichen Lage zu beeinträchtigen. In unmittelbarer Weise kann das Reich unserer Stadt helfen, die Vorteile der Lage am Rhein auszunutzen, wenn es uns in der unvermeidlich gewordenen Erstellung eines weiteren, des fünften Hafenbeckens durch Gewährung eines Zuschusses aus dem Reichsfonds unterstützt. Ich hoffe zuversichtlich, daß, wenn wir demnächst mit einem entsprechenden Gesuch an das Reich herantreten, wir keine Fehlbilte tun werden.

Noch nach einer zweiten Richtung ist unsere Beziehung zum Rhein Gegenstand unserer Wünsche. Ich meine die Erziehung der unsere Gegend mit dem südpfälzischen Rheintal verbindenden Maraner Schiffsbrücke durch eine feste Brücke. Ich habe, wie Sie in Speyer und Mannheim Gelegenheit haben werden, sich durch persönliche Zuaugenshahme von der Unzulänglichkeit der dortigen Verbindungen zu überzeugen und behauere lebhaft, daß hier die Zeit fehlt, um, wie es vor 3 Jahren durch den Verkehrsaußschuß des Reichstags geschah, die Trostlosigkeit der jetzigen Verkehrsverhältnisse auch hier an Ort und Stelle kennen zu lernen. Ein Bild würde Sie belehren, daß die tägliche Schiffsbrücke, die im Jahre über 20000 Schiffe mit mehr als 8 Millionen Tonnen Ladung durchlassen und 70000 Fuhwerte tragen soll, dieser Aufgabe nicht gewachsen ist.

Nun, man darf ja annehmen, daß die Älten über die Bedürfnisfrage geschlossen sind, und da, wie man hört, nun auch die außenpolitischen Hindernisse beseitigt sind und eine Einigung über die Verteilung der Kosten zwischen Reich, Reichsbahn, Ländern und Städten erzielt ist, dürfen wir wohl den Reichsrat bitten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die drei Brückenbauten in Maxau, Speyer und Mannheim-Ludwigshafen, deren gleichzeitige Ausführung ein für allemal festgelegt ist, nun endlich auch in Angriff genommen werden. Unser Landesteil und die gegenüberliegende Pfalz würden daraus nicht nur den vorübergehenden Vorteil der Arbeitsgelegenheit für viele ihrer Erwerbslosen haben, es würde auch ein schweres Hindernis beseitigt, das dem Verkehr zwischen den beiden Uferländern und damit auch ihrer wirtschaftlichen Entwicklung heute noch entgegensteht.

Eine Förderung würde unsere Verkehrswege ferner durch die Elektrifizierung der sie berührenden Hauptstammstrecken, also der Nord-Süd-Linie durch das Rheintal und der Ost-West-Verbindung über München—Stuttgart—Forstheim—Karlsruhe, erfahren. Die Geeignetheit der Strecken für den elektrischen Betrieb ist ja unbestritten. Der wirtschaftliche Nutzen, der aus der Verkürzung der Reisezeit über diese Linien für uns erwachsen würde, ist in die Augen springend. Möchte, das ist unser Wunsch, der Reichsrat dafür eintreten, daß diese Maßnahme nicht mehr allzu lange auf sich warten läßt.

Auch die Luft wollen wir zur Verbindung mit der großen Welt in Anspruch nehmen. Die Oberrheinische Tiefebene und speziell unsere Stadt ist der prädestinierte Platz für einen Weltluftschiffhafen. Ein geradezu ideales Gelände kann die Stadt Karlsruhe dafür zur Verfügung stellen. Wir sind geneigt, die Bedeutung eines solchen Weltluftschiffhafens für unsere Stadt und ihre Umgebung recht hoch einzuschätzen. Durch die Unterstützung dieses Projekts könnte die Reichsregierung zeigen, daß es ihr Ernst ist um die Förderung der notleidenden Provinz.

Und nun zuletzt eine Bitte an das Auswärtige Amt. Noch immer ist der Verkehr mit dem nachbarlichen Elsaß gehemmt durch den Sijumzwang. Sollte es, nach dem man sich auch sonst näher gekommen ist, nicht möglich sein, den Willen zum Frieden und zur Zusammenarbeit in einem geeinigten Europa auch durch Lösen dieser Fessel des Verkehrs zu bekräftigen?

Robert Nicolai

Präsident der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden.

Sehr geehrte Herren!

Ich möchte zunächst meinen Dank dafür aussprechen, daß mir die Möglichkeit gegeben wurde, heute über die wirtschaftliche Lage im mittelbadischen Grenzgebiet zu berichten.

Die wirtschaftliche Lage im mittelbadischen Grenzgebiet Bericht zu erstatten, das sich im wesentlichen mit dem Bezirk der Handelskammer Karlsruhe deckt.

Das Gebiet der Handelskammer Karlsruhe, der 3800 Firmen angeschlossen sind, liegt etwa zur Hälfte der besetzten Pfalz gegenüber und stößt zur anderen Hälfte seit Kriegsende an Frankreich.

Die politische Umgestaltung im Westen

Brachte für das mittelbadische Wirtschaftsgebiet schwerwiegendste Schäden, mit deren sichwärtiger Ausführung ich mich zunächst begnügen möchte: Fortfall der starken Garnitionen mit einem großen Verbrauchskreis, Herabsetzung von über 24000 ausgedienten Elbaf-Lothringern allein nach Baden, von denen Karlsruhe Ende 1918 8000 übernahm, Wegfall der wirtschaftlich bedeutenden Forderung in der Residenzstadt Karlsruhe, mehrjährige Besetzung und Beschlagnahmen im Karlsruher Rheinhafen und dann vor allem eine fast vollständige Abschneidung von Elbaf-Lothringen, mit dem seit langer Zeit regle wirtschaftliche Beziehungen und lebhafter Güteraustausch unterhalten wurden, so daß man geradezu von einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet sprechen konnte.

Wenn ich nun im folgenden versuche, in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit ein Bild über die wirtschaftliche Lage des Karlsruher Kammerbezirks zu geben, so muß ich vorausschicken, daß Mittelbaden unter den gleichen Nöten wie das übrige Deutschland leidet.

Daß diese Notlage aber durch die neue Grenzziehung außerordentlich verschärft wurde.

Die Änderung der Grenzverhältnisse hat auf fast alle Firmen in schädigender Weise eingewirkt.

An der Zahl der beschäftigten Arbeiter gemessen ist die in Mittelbaden am stärksten vertretene Industrie die Metallindustrie.

In diesem Industriezweig nimmt vor allem die Nähmaschinenindustrie seit jeher eine hervorragende Stellung ein. Sie hatte vor dem Kriege eine steigende Verkaufstunde für ihre Produkte zu verzeichnen. Infolge des Verlustes der Absatzgebiete Elbaf-Lothringen und des Saarlandes und der hohen französischen Schutzzölle traten starke Rückschläge ein.

Es freut mich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Karlsruher Gas- und Eisenfabrikation. Hier kann ich die Weltfirma Junker & Ruh nennen, die Ihnen sicherlich allen bekannt ist und deren anerkannt gute Erzeugnisse im Inland und Ausland großen Absatz finden. Dagegen führen die Eisenwerke Gaggenau, die ebenfalls sich in großem Umfang mit der Herbfabrikation befassen, einen schweren Wirtschaftskampf.

Der Automobilbau, wie ihn die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe als eines der ältesten Unternehmen dieser Art seit ein Jahrhundert betrieben hat, ist in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit außerordentlich gesunken, und er beschäftigt jetzt nicht einmal die Hälfte der Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit.

Hier möchte ich allgemein noch einschalten, daß die Klagen über mangelhafte Berücksichtigung badischer Firmen bei Vergabe von behördlichen Aufträgen bei den Handelskammern nicht verkommen.

Ein anderer Fall erheblicher Geschäftsschädigung durch die neue Grenzziehung:

Ein größeres metallindustrielles Werk in Bruchsal ist durch den Wegfall der elbaf-lothringischen Aufträge in seiner Arbeiterzahl von rund 1000 vor dem Kriege auf etwa die Hälfte zurückgegangen. Diese Firma lieferte früher für das elbaf-lothringische Eisenbahnetz die gesamten Einrichtungen für das Eisenbahnfahrwegwesen. Selbst nach dem November 1918 war die französische Verwaltung noch eine Zeitlang gezwungen, bei diesem Werke zu beziehen.

Die bekannten Berlin-Karlsruher Industriewerke drohten kürzlich Karlsruhe verloren zu gehen, und nur dem tatkräftigen, allerdings mit Opfern verbundenen Eingreifen der Stadtverwaltung ist es zu verdanken, daß sie uns erhalten bleiben.

Ich kann im Hinblick auf die mir bemessene Zeit nicht auf weitere Einzelbeispiele aus der Metallindustrie eingehen, obwohl mir noch manche zur Verfügung ständen, von denen ich nur erwähnen will, daß z. B. ein mittleres Eisenwerk, das vor dem Kriege durch Reichsbahnaufträge in Elbaf-Lothringen gut beschäftigt war, und im Jahre 1914 noch eine Jahresproduktion von rund 4000 Tonnen aufwies, es jetzt jährlich kaum noch auf eine Produktion von 600 Tonnen bringt.

Der große Waldreichtum im Kammerbezirk bildet die natürliche Voraussetzung für eine ausgebehnte Holzindustrie und zahlreiche Sägewerke, deren Wirtschaftslage allerdings schon seit längerer Zeit wenig erfreulich ist. Auch hier hat sich die Abschneidung von Elbaf-Lothringen und Saar in einer erheblichen Umsatzverminderung bemerkbar gemacht, und man beklagt sich namentlich über die billigen Durchfuhrtarife, die selbst im Inland die Wettbewerbsfähigkeit stark geschwächt haben.

Die Möbelfabriken und Kaufmannereien hatten früher einen großen Umsatz nach Elbaf-Lothringen, insbesondere nach Straßburg und Metz und nach dem Saargebiet zu verzeichnen. Dies kam namentlich daher, daß die holzverarbeitende Industrie in Elbaf-Lothringen weniger entwickelt war. Infolge der hohen Zölle ist aber die Einfuhr nach dem Elbaf jetzt unmöglich geworden, und nach dem Saargebiet kann nur in ganz vereinzelten Fällen geliefert werden. Es wird sogar noch umgekehrt die Beobachtung gemacht, daß Möbel aus dem Elbaf nach hier eingeführt werden, da in Frankreich die Produktionskosten niedriger sind.

In der Zellulose- und Papierfabrikation verfügt der Bezirk in nächster Nähe von Karlsruhe über Großbetriebe, und im oberen Murgtal ist eine der größten Papierfabriken Deutschlands ansässig. Hier entflammt zum erheblichen Teil das namentlich für die großen Zeitungen benutzte Druckpapier.

Die papierverarbeitende Industrie, die gleichfalls in Mittelbaden stark vertreten ist, hat durch den Verlust des Absatzes nach Elbaf-Lothringen und der Saar, wohin durchschnittlich die Hälfte der Produktion geliefert wurde, außerordentlich gelitten, was jahrelanges Arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit und in manchen Betrieben erhebliche, dauernde Verringerung der Arbeiterzahl mit sich brachte.

Die badische Textilindustrie ist in der Hauptsache im Oberland angesiedelt, und Sie haben sicherlich in Freiburg über deren Notlage näheres gehört, so daß ich mich damit begnügen kann, lediglich auf die bedeutende Spinnerei und Weberei im benachbarten Mital hinzuweisen, die auch schwer in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Ich erwähne ferner die Webfabrikation in Oberachern, die zu einem der bedeutendsten Werke dieser Art zählt. Ungenügender Zollschutz wie auch der Fortfall des früheren umfangreichen Geschäfts nach Elbaf-Lothringen, wo dieser Industriezweig nicht vertreten war, zeitigte das Ergebnis, daß vor dem Kriege etwa 40 Proz. Leute mehr beschäftigt werden konnten als zur Zeit. Weiterer Grund war der Kriegsausgang natürlich auch für das in Baden als neutraler Zone amfängliche Herbesaustüftungsgewerbe. Ein Veredelungsbetrieb aus der Textilindustrie mußte durch die Abtrennung von Elbaf-Lothringen, dem Saargebiet und Luxemburg 27 Filialen und 55 Annahmestellen aufgeben, und es sank trotz allen Anstrengungen die Zahl der Arbeiter von durchschnittlich 400 vor dem Kriege auf nunmehr nicht einmal 200.

In der Seifenfabrikation weist der Kammerbezirk Karlsruhe eines der größten Unternehmen dieser Art in Deutschland überhaupt auf, nämlich die Ihnen allen bekannte Karlsruher Seifen- und Toilettefabrikation J. Wolff & Sohn G. m. b. H., die mit ihren vorzüglichen Fabrikaten den Namen Karlsruhe in alle Länder der Erde getragen hat.

Allgemein bekannt ist auch die bedeutende Zuckerrüben- und Zuckerverarbeitung, die einen nicht unbedeutenden Absatzverlust nach Elbaf-Lothringen, dem Saargebiet und Luxemburg zu verzeichnen hat und deren Arbeiterzahl um ein Drittel verringert werden mußte. Die Vermählungen der Firma, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich eine Wüderung des Schadens dadurch zu erwirken, daß nach Elbaf-Lothringen und dem Saargebiet die zollfreie Lieferung von deutschem Verbrauchs Zucker zugelassen werde, blieben erfolglos.

Die badische Brauindustrie hat von jeher eine hervorragende Stellung eingenommen, und ihre Erzeugnisse haben sich im Inland und im Ausland großer Beliebtheit erfreut. Ihre Produkte fanden namentlich in den badischen und elbaf-lothringischen Garnisonen großen Absatz. Das hat alles aufgehört und der Stilllegungsprozess räumte unter den badischen Brauereien gründlicher auf als sonstwo. Manche alte Brauerei verschwand und von über 500 Brauereibetrieben vor dem Kriege arbeiten heute nur noch etwa 140. Infolge der veränderten Grenzverhältnisse blieben die badischen Brauereien denn auch bis zum Jahre 1926 erheblich hinter dem Reichsdurchschnitt des Bierabzuges im Verhältnis zur Vorkriegszeit zurück. In den folgenden zwei Jahren holten sie wieder etwas auf. Im Reich hat man im allgemeinen im Brauereiwesen 80 Proz. der Vorkriegserzeugung erreicht, in Berlin und einigen anderen Orten sogar 100 Proz., in Baden dagegen nur 70-75 Proz.

Auch sonst hat das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe allenthalben unter der neuen Grenzziehung stark gelitten, da die jetzt französische linke Rheinseite sowie das Saargebiet und Luxemburg große Absatzgebiete bedeuteten. Namentlich das in Mittelbaden stark vertretene Tabakgewerbe ist sehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Verschiedene namhafte Zigarettenfabriken, so z. B. die bekannte Firma Vatschari, sind überhaupt zusammengebrochen, und für die Herstellung von Zigaretten und Rauchtobaken ist der große Absatz in den Militärlagern rechts und links des Rheins verlorengegangen.

Ich kann in diesem Rahmen nicht auf alle Industriezweige eingehen und führe nur noch an, daß die badische Württembergindustrie besonders Not gelitten hat und namentlich auch die badische Ziegel- und Hordindustrie, die an Elbaf-Lothringen nicht nur ein großes Absatzgebiet verloren hat, sondern der sogar noch von dieser Seite ein scharfer Wettbewerb erwachsen ist.

Das Schwergewicht des Großhandels ruht in den beiden Städten Karlsruhe und Bruchsal. Handel braucht Beweglichkeit. Dem bedeutendsten badischen Einzelhandel wurden aber durch die neue Grenzziehung die Bezugsquellen durch die Abschneidung des Verkehrs mit der Saar, Lothringen und Luxemburg unterbunden. Erst als der internationale Eisenmarkt zustande kam, trat eine Erleichterung ein. Inzwischen ist indessen im Verkehr nach Württemberg und Bayern eine Abwanderung der Kundschaft erfolgt, worunter namentlich Karlsruhe leidet, da es nach Wehen den Verkehr mit dem Elbaf, der vor dem Kriege sehr lebhaft war, eingebüßt hat. Auch auf anderen Gebieten des Großhandels, so dem Hopfenhandel, dem Wein- und Branntweinhandel liegen die Verhältnisse ähnlich.

Dem Einzelhandel des Kammerbezirks gehören zahlreiche bedeutende und leistungsfähige Firmen an. Aber auch auf diesem Gebiete schlug die neue Grenzziehung schwere Wunden. Namentlich trifft das für die nunmehr unmittelbar der französischen Grenze gegenüberliegenden Städte Rastatt, Bühl, Achern und Renschen zu. Rastatt wurde wohl am meisten durch den Verlust des Elbaf geschädigt. Etwa 50 Proz. des Absatzes des Rastatter Einzelhandels, bei einigen Betrieben sogar bis zu 70 Proz., entfielen in der Vorkriegszeit auf das benachbarte Unterelsaß. Man hofft auf eine günstige Wirkung des allerdings immer noch nicht ratifizierten kleinen Grenzverkehrs.

Das bedeutende, international bekannte Hotelgewerbe von Baden-Baden und Umgebung will ich an dieser Stelle nur anführen, da ein Vertreter von Baden-Baden noch besonders das Wort ergreifen wird. Nur soviel will ich andeuten, daß die früher sehr zahlreichen Besucher von Elbaf-Lothringen, Frankreich und Rußland fast vollkommen weggefallen sind und daß auch die Industrie von Baden-Baden und seiner Umgebung — ich erinnere an Vatschari — stark notleidet.

Sie gestatten mir einige kurze Bemerkungen über das Bankgewerbe. Die allgemein rückläufige Bewegung von Handel, Industrie und Gewerbe blieb natürlich nicht ohne Wirkung auf die Banken, die zum Teil auch durch den Verlust Elbaf-Lothringens unmittelbare Einbußen erlitten haben. So verlor z. B. die Rheinische Creditbank im früheren Reichsland zwei ihrer wichtigsten Filialen, nämlich Straßburg und Mühlhausen. Von Interesse ist dabei, daß die Notlage für die Banken noch dadurch verschärft wurde, daß eine Anzahl neuer Institute entstand und daß sich die öffentliche Hand stark am Bankgeschäft beteiligte. Die Zahl der Banken steht heute eigentlich in keinem Verhältnis mehr zu dem durch die Wirtschaftslage gebotenen Geschäftsumfang. Die Entwicklung der heimischen Industrie spiegelt sich zum großen Teil in der Gestaltung der Aktienkurse wider. Ich habe für einige der größten Aktiengesellschaften aus der Metallindustrie einmal Kurvergleiche zwischen der Zeit vor dem Kriege und dem heutigen Stande gezogen. Dabei stellte ich fest, daß bei diesen führenden Betrieben der Durchschnittskurs vor dem Kriege 150 Proz. betrug. Im September dieses Jahres belief er sich nur auf 42 Proz. Die durchschnittliche Dividende dieser Werte war vor dem Kriege 7 Proz. und beträgt zur Zeit nur 3 Proz.

Vom Versicherungsgewerbe nenne ich sodann die fast ein Jahrhundert alte Karlsruher Lebensversicherungsbank, ein großes Unternehmen, das in Deutschland ja allgemein bekannt ist.

Die Erwerbslosigkeit in Mittelbaden

gibt nun ein betrübendes Bild, insbesondere wenn man einmal Vergleiche mit dem Nachbarland Württemberg anstellt. Während Württemberg mit einer sowohl größeren Einwohnerzahl als auch größeren Arbeiterzahl nur 12000 Hauptunterstützungsempfänger hat, gibt es deren in Baden 28000. In den Monaten Juni und Juli dieses Jahres hat allein der Kammerbezirk Karlsruhe 91 Proz. der Arbeitslosenanzahl von ganz Württemberg gehabt bei einer Einwohnerzahl von 550000 im Kammerbezirk Karlsruhe und 2500000 in Württemberg. Zur Zeit ist die Zahl der Arbeitslosen in meinem Kammerbezirk noch auf der außergewöhnlichen Höhe von fast 9000 Hauptunterstützungsempfängern, während diese Zahl vor wenigen Monaten sogar ein Vielfaches davon betragen hat und zeitweise bis auf 28000 stieg. Diese gewaltige Arbeitslosigkeit, auf die übrigens die Einwanderung von tausenden Elbaf-Lothringern sicherlich nicht ohne Einfluß war, ist nicht nur für die davon betroffenen Arbeitskräfte und ihre Familien außerordentlich bedauerlich, sondern sie bedeutet auch für die arbeitenden Betriebe wegen der für die Erwerbslosen aufzubringenden Unterstützungssumme eine gewaltige Belastung. Weiterhin wirkt sich die verringerte Kaufkraft in lähmender Weise auf das gesamte mittelbadische Wirtschaftsleben aus.

Wenn ich nun zum Schluß meiner Ausführungen zu den

Berücksichtigungen

übergehe, so möchte ich zunächst die Ausführungen meines Herrn Vorredners über die Magauer Rheinbrücke und die Erweiterung des Karlsruher Rheinhafens auf das lebhafteste unterstützen. Von überragender Bedeutung ist die Frage der Elektrifizierung der badischen Hauptlinien. Es muß nun unter allen Umständen gefordert werden, daß die Elektrifizierung dieser Linien spätestens gleichzeitig mit der Elektrifizierung der Linien unserer Nachbarn von links und rechts stattfindet. Die Nichtbeachtung dieser Forderung würde dem badischen Lande unermesslichen Schaden zufügen, weil ihm ein großer Teil des durchgehenden Nord-Südverkehrs entzogen würde, dann aber auch, weil Baden bei seiner ungewöhnlich großen Arbeitslosigkeit die baldige Elektrifizierung der badischen Hauptbahnen braucht, um für Industrie und Arbeiterschaft neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Die einseitige Bevorzugung der deutschen Seehäfen bei den Einfuhr- und Ausfuhrtarifen durch die deutsche Reichsbahn bedeutet eine Schädigung der deutschen Rheinischifffahrt, der deutschen Häfen und der mit dem Umschlag der Güter befaßten Betriebe. Daraus ergibt sich die

Forderung nach gleichmäßiger Behandlung der deutschen Seehäfen und der deutschen Rheinischifffahrt.

Nur anbieten möchte ich an dieser Stelle, daß es für Baden von einschneidendster Bedeutung wäre, wenn der geplante französische Seitkanal von Bünningen bis Straßburg gebaut werden sollte.

An zwei Beispielen sei erörtert, wie sich die neue Grenzziehung auf unsere Industrie auswirkt und wie ihr Hilfe zuteil werden konnte. Die Holzindustrie von Mittelbaden hat mit dem Verlust von Elbaf-Lothringen und dem Saargebiet, wie ich schon erwähnte, ein Hauptabzugsgebiet verloren. Auf dem ihr hauptsächlich übriggebliebenen Gebiet von Rheinland und Westfalen ist sie dem ausländischen Wettbewerb, der das Holz über den See- und Rheinweg billiger nach dem Rheinland und Westfalen wirft, nicht mehr gewachsen. Sie erblickt in der Einführung eines Ausnahmesteuers für badisches Stammholz die einzige Möglichkeit zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Auf dem Gebiete des Mühlenwesens und der Feinzerzeugung nimmt in meinem Bezirk die Firma Zimmer M.-G. eine führende Stellung ein. Dieses Unternehmen, das schon durch den ungenügenden Zollschutz für Mehl empfindlich geschädigt ist, hatte vor dem Krieg in Straßburg, Mühlhausen, Metz und Saarbrücken Zweigniederlassungen mit Lagerhäusern, von denen aus ein erheblicher Absatz stattfand. Der unglückliche Ausgang des Krieges hat dies alles vernichtet. Es wäre dringend zu wünschen, wenn diesem Gewerbe ein gewisser Ersatz dadurch geboten würde, daß für die Mehlzufuhr zur Seefabrikation und Bremerei für Baden dieselbe Tarifabgabe eingeführt wird, wie er für die Mehlzufuhr zu Futtermitteln für die Landwirtschaft bereits besteht. Die bisherige leider ablehnende Stellungnahme der ständigen Tarifkommission bedeutet allein für das erwähnte Unternehmen des hiesigen Kammerbezirks einen alljährlichen Schaden von weit über 100000 A.M.

Wünschenswert wäre auf dem Gebiete des Fernsprechwesens die Einführung des Selbstanschlußbetriebes, den wir in vielen badischen Städten, so z. B. auch in Karlsruhe noch nicht haben.

Gestatten Sie mir zum Schluß, noch mit einem Satz die wichtigsten Forderungen der mittelbadischen Wirtschaft anzuführen. Es sind dies die sofortige Inangriffnahme des Baues der Magauer Rheinbrücke, der Ausbau des Karlsruher Rheinhafens, die Elektrifizierung der badischen Hauptlinien, günstigere Tarife der Bahn, gebührende Berücksichtigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Nur wenn diese Erfordernisse erfüllt werden, vermag ich eine Besserung in der wirtschaftlichen Lage Mittelbadens zu erhoffen.

Oscar Ventner

Präsident der Handelskammer Forzheim

Ich habe die Ehre, namens der Handelskammer Forzheim die besonderen Interessen der in Stadt und Bezirk Forzheim ansässigen

deutschen Schmuckwarenindustrie

zu vertreten und kurz darzulegen, mit welcher außerordentlichen Schwierigkeiten unsere Industrie als wertvolle deutsche Exportindustrie zu kämpfen hat. Es dürfte nur wenige Städte in Deutschland geben, wo die Existenz der ganzen Einwohnerlichkeit so von dem Wohl und Wehe einer einzelnen Industrie abhängig ist, wie Forzheim mit seinen 80000 Einwohnern von der Schmuckwarenindustrie; dazu kommt noch die weitere Umgebung mit mehr als 100 badischen und württembergischen Gemeinden. Gleich zu Beginn will ich zugeben, daß unsere Lage sich nicht direkt aus Badens Grenzlandbeigenschaft ableiten lassen, sondern daß unsere Interessen sich über die Landes- und Reichsgrenzen hinaus auf die ganze Welt erstrecken. Forzheim und seine Industrie befinden sich in einer großen Krise, die dadurch sehr wesentlich verstärkt wird, daß Baden seinerseits eine große Krise durchmacht und deshalb nicht in der Lage ist, durch überschüssige Kraft uns zu helfen, so wie es notwendig und wünschenswert wäre und wie es die badische Staatsregierung auch sicher gerne tun würde.

Die Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie ist vor etwa 160 Jahren gegründet worden und hat in einem wechselvollen Schicksal, das ich hier bei der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht schildern kann, im Jahre 1913 ihren Höhepunkt erreicht. Damals beherrschte die deutsche Schmuckwarenindustrie und insbesondere Forzheim den Weltmarkt mit seinen Erzeugnissen, und es hat wohl kein Land gegeben, das nicht von Forzheim aus bearbeitet wurde. Wir haben damals 600 Betriebe mit 35000 Arbeitern gehabt, die Jahresproduktion betrug ca. 200 Millionen Reichsmark, wovon 50 Millionen auf den Inlandmarkt und 150 Millionen auf den Auslandmarkt entfielen, die der deutschen Volkswirtschaft in Form von Devisen für allgemeine Zwecke wie die Anschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Lohnsumme, die von der Schmuckwarenindustrie bezogen wurde, betrug rund 30 Millionen Reichsmark.

Dann kam der Krieg und die Inflation. Ihre nachteiligste Folge für uns ist gewesen, daß wir

den Kontakt mit dem Ausland verloren

haben und nun dort jedes Land eine eigene Schmuckwarenindustrie aufzubauen versucht hat, um den als Luxus empfundenen Import von Schmuck und Edelmetallwaren zu vermeiden. Diese Entwicklung ist mit Krieg und Inflation noch keineswegs abgeschlossen, sondern wir müssen zu unserem Bedauern feststellen, daß sie bis in die allerneueste Zeit ununterbrochen fortgeht. Die andauernden Zollverhandlungen in allen Teilen der Welt sind ein Beweis dafür. Eine Anzahl Länder wie Italien, Österreich, die Tschechoslowakei usw. haben bedeutende Schmuckwarenindustrien aufgebaut, die uns sogar auf dem Weltmarkt — und Österreich selbst in Deutschland — Konkurrenz machen. Dazu geht Amerika immer mehr verloren, weil auch dort, nicht nur in Nordamerika, sondern auch in Südamerika, eine Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie entstanden ist, die sich, durch hohe Zölle geschützt, gegen uns behaupten kann.

So ist der Absatz im Ausland zum großen Teil verloren gegangen. Aber nicht nur das; gleichzeitig ist auch ein großer Teil des Vermögens verloren gegangen. Als der Krieg ausbrach, hatte die Forzheimer Schmuckwarenindustrie in aller Herren Länder Ware geliefert, und überall waren ihre Schulden verteilt. Alle diese Außenstände sind bis auf einen lächerlichen Betrag von 2 pro mille den das Reich dafür vergütet hat, verloren gegangen; denn es sind nur verhältnismäßig wenige, die von dem Kriegsschadensschlüssel Vorteile haben ziehen können. Und dann kam die Inflation, in der wir — zum mindesten im Inland — Gold gegen Papier verkaufen mußten und nochmals große Summen verloren wurden. Es ist deshalb kein Wunder, daß das Betriebsvermögen von 160 Millionen im Jahre 1913 nicht nur entsprechend dem geminderten Goldwert nicht geblieben, sondern auf 112 Millionen gesunken ist und, was besonders zu denken gibt, seit der Stabilisierung noch weiter auf 84 Millionen sank.

Neben dem Verlust an Vermögen haben wir auch einen

Verlust an technischem Können durch Abwanderung

zu verzeichnen. Es ist begreiflich, daß eine Industrie, die so schwer zu kämpfen hat, ihre Arbeiter nicht so beschäftigen kann, wie diese es wünschen. Wir können ihnen nicht die Löhne zahlen, die ihre Kameraden in Amerika verdienen, weil unsere Konkurrenz in Italien, in Österreich und in der Tschechoslowakei viel niedrigere Löhne bezahlt. Auch ist die Beschäftigung nicht so gleichmäßig, wie bei einer blühenden Industrie, die einen gesicherten Markt hat. So müssen wir denn zu unserem Schmerz konstatieren, daß Jahr aus Jahr ein unsere besten Facharbeiter auswandern und die Konkurrenz im Ausland verstärken. Man kann geradezu sagen, daß sie in gewissen Ländern, vor allen Dingen in den Vereinigten Staaten, haben aufbauen helfen.

Die Zahl der Beschäftigten ist allerdings heute wieder so groß wie vor dem Kriege und die Lohnsumme ist dabei von rund 30 auf rund 50 Millionen, also um 70 Prozent gestiegen. Aber die Produktion ist sehr viel geringer. Dem Geldwerte nach ist allerdings der Inlandsabsatz von 50 auf 92 Millionen gestiegen, der Export ist aber von rund 150 Millionen auf weniger als die Hälfte zurückgegangen, so daß trotz des etwas erweiterten Inlandmarktes die Produktionsmenge vor dem Kriege lange nicht erreicht werden kann.

Im Inland läßt sich der Absatz nicht wesentlich steigern. Dem stehen der Verlust der alten Vermögen, die veränderten Bedürfnisse und vor allen Dingen die Mode entgegen. Wenn wir wieder normale Zeiten erhalten sollen, so muß der Export belebt werden, und dazu brauchen wir günstige Handelsverträge. Durch günstige Handelsverträge kann unsere Lage wesentlich gebessert werden, aber auf die Dauer werden auch günstige Handelsverträge nichts nützen, wenn der Industrie keine Möglichkeit zur Kapitalbildung gegeben wird. Denn es handelt sich bei uns um kleine Betriebe und im Weltmarktsumme höchstens um mittlere, die ihr Kapital selbst bilden müssen, weil ihnen kein Amerika das Kapital leihen wird. Es ist deshalb neben günstigen Handelsverträgen notwendig, die Lasten an Steuern und sozialen Abgaben auf ein erträgliches Maß zu mindern, so daß unsere Industrie die Mittel, die sie zur Rationalisierung braucht, sich selbst erarbeiten und ersparen kann.

Nur bei einer vernünftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik wird es möglich sein, unsere einst blühende, heute schwer darniederliegende und um ihre Existenz ringende Exportindustrie zu erhalten, zum Wohle unserer engeren und weiteren Heimat.

Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe Sfenmann

Schwer lastet eine wirtschaftliche Not auf dem einst so blühenden, Ihnen allen als „Musterlande“ bekannten Land Baden. Ein Notland ist aus diesem Musterland geworden. Zu den Nöten von Industrie, Handel und Landwirtschaft gesellt sich das Elend, in das viele Kreise des gewerblichen Mittelstandes geraten sind. Der Mangel an Arbeit und die Verschuldung in den Kreisen des Handwerks hat da und dort das Maß des Erträgliches überschritten. Keine Betriebsgröße, keine Gegend des Landes ist davon verschont; der sicherste Beweis dafür, daß ein System, nicht die Schuld einzelner den Ruin herbeiführt. Wird der Weg zur Wiederherstellung der Rentabilität der Betriebe nicht bald gefunden, so ist ein weiterer Rückgang der selbständigen, zufriedenen Staatsbediensteten Existenz des gewerblichen Mittelstandes kaum zu vermeiden.

Zunächst hat der gesamte gewerbliche Mittelstand darunter erheblich zu leiden, das in fast allen unmittelbar am Rhein gelegenen Gebieten die wirtschaftlichen Zusammenhänge zerrissen wurden. Häufig sind badische Einwohner, darunter auch Handwerker, Eigentümer oder Pächter auf der anderen Rheinseite gewesen und ihr ganzer Wirtschaftsbetrieb war auf diese Ausdehnung der Wirtschaftsfläche über den Rhein hinüber eingestellt. Auf Schritt und Tritt spürt man in der Wirtschaft die neue Grenzfestsetzung. Sehr wichtige Verkehrs- und Wirtschaftsader sind durchschnitten worden, alte große Absatzgebiete sind abgetrennt, für die sich ein entsprechender Ersatz im engeren Deutschland nicht finden läßt.

Sehr hart wirkte sich zunächst im Kehler Bezirk die mit scharfen Schmitt durchgeführte Trennung des zwischen Kehl und Straßburg organisierten, miteinander verwaachsenen Wirtschaftskörpers aus, ebenso die damit zusammenhängende Sperrung der Rheibrüden in Kehl, Freistett und Greftern. Betroffen wurde neben anderen Handwerkszweigen in erster Linie das Baugewerbe, dann das Nahrungsmittel- und Bekleidungsgerwerbe, zum großen Teil auch das Schlosser-, Schmiede-, Wächner-, Wagner- und Tischergewerbe. Der Schiffbau ist durch die neue Grenzfestsetzung völlig lahmgelegt worden. Aus der engen Verknüpfung von Kehl und Umgebung mit Straßburg haben früher die Gewerbetreibenden des Oberrheins aus dem Elsaß einen Verdienst von schätzungsweise 24 Millionen jährlich bezogen. Das anfängliche Baugewerbe hatte bis zu 80 Prozent, sein Arbeitsfeld in Elsaß-Lothringen und Luxemburg. Die Aufträge von den Verwaltungen jenseits des Rheins, die auf den heutigen Brückenbau fielen, werden mit 1,5 Millionen Reichsmark für das Jahr angegeben. Rund 1500 badische Handwerker, Angestellte und Arbeiter waren täglich in Straßburg beschäftigt. Das Gastgewerbe der Bezirke Kehl, Oberkirch und Bühl nahm den sonntäglichen Ausflugsverkehr der Straßburger auf.

Aber nicht nur im Bezirk Kehl, sondern in den Bezirken Offenburg und Oberkirch, in den Bezirken Dreisach, Müllheim, Kallatt u. a. hat sich in wirtschaftlicher Beziehung durch die Abtrennung von Elsaß-Lothringen ein starker Rückgang gezeigt; z. B. hat Dreisach unmittelbar sein bettes Hinterland verloren. Links des Rheins hatte es sein Hauptarbeitsfeld und Verdienstmöglichkeit für Bauhandwerker und andere Handwerks- und Gewerbegebiete. Als trauriger Beweis hierfür gilt die Tatsache, daß in den Grenzlandstädten viele frühere geschäftliche Unternehmungen heute bis zum kleinsten, oft nicht mehr lebensfähigen Geschäftsbetrieb heruntergewirtschaftet sind.

Die Trennung Elsaß-Lothringens

von Baden hat aber außer im unmittelbaren Grenzgebiet noch weitere wirtschaftliche Schäden hervorgerufen. Elsaß-Lothringen war für viele Betriebe handwerklicher Art in ganz Baden ein lohnendes Absatzgebiet. Es wurden namentlich Innenausbauten in besserer Ausführung, bestehend in Baufreiarbeiten und Möbeln, ferner Schlosser- und Malerarbeiten, Erzeugnisse des Schmiedes-, Sattler- und Wagnerhandwerks und anderes mehr geliefert. Diese Möglichkeit besteht heute nicht mehr, so daß große Firmen sich jetzt in Baden selbst nach jedem kleinen Auftrag umsehen und das hier anfängliche mittlere und kleine Handwerk fast in seiner Existenz bedrohen.

Die Verbringung der im ehemaligen Reichslande weit verbreiteten Messen und Märkte mit Baden aus Baden hatte einen großen Umfang angenommen. Die Belieferung erfolgte in Württemberg und Schwaben, Seiler- und Korblager, ferner in Wägen und Pflügen und anderen handwerklichen Erzeugnissen, die namentlich von der Landbevölkerung mit Vorliebe gekauft wurden. So sind diese Märkte sogar von den Schuhmachern aus Ortsschaften bei Forzheim regelmäßig mit selbstgefertigten Stiefeln besetzt worden. Das Bauhandwerk in allen Städten und Dörfern an der Grenze, das Kunsthandwerk, das Küferhandwerk, die metallverarbeitenden Gewerbe, das Bekleidungsgerwerbe lieferten nach dem Elsaß nicht nur an die Privatwirtschaft sondern namentlich an den Militärismus, sie lieferten Arbeiten für Kasernenbauten, insbesondere das Ullergewerbe; selbst das Jüweliergerwerbe in Karlsruhe hatte einen bedeutenden Absatz in die Kasinos der in elsässischen Garnisonen liegenden Regimenter.

Dem badischen gewerblichen Mittelstand aber ging in Elsaß-Lothringen nicht nur ein großes Absatzgebiet verloren, sondern ungekehrt, Elsaß-Lothringen tritt heute der badischen Wirtschaft gegenüber als ernster Konkurrent auf. Während z. B. von den etwa 50 kleineren Ziegeleien, die 20 bis 25 Arbeiter beschäftigen und zwischen Konstanz und Mannheim verteilt liegen, früher 50 Prozent der Erzeugnisse nach Elsaß-Lothringen abgesetzt wurden, hat sich die Lage seit der Inflation dahin geändert, daß im Jahre 1927 z. B. 522232 und 1928 409317 Doppelpentner Bausteine und Dachziegel aus Frankreich und Elsaß-Lothringen eingeführt wurden. Jährlich gehen einige Millionen deutsches Volkvermögen, die mühsam aus den Mitteln der Hausinspektoren aufgebracht werden, nach Frankreich und Elsaß. In den Plänen Karlsruhe, Kallatt, Offenburg, Freiburg werden heute schätzungsweise 20 bis 30 Millionen ausländische Bausteine und Ziegel vermauert, während das heimische Gewerbe schwer unter der allgemeinen Notlage leidet. Zudem hat der verlorene Krieg eine ganze Anzahl von Unternehmern vom Elsaß nach Baden in allen möglichen Handwerksberufen gebracht, wodurch eine Überführung der einzelnen Gewerbegebiete und damit eine Verminderung ihrer Existenzmöglichkeit eingetreten ist.

Dieser schlechte Geschäftsgang im badischen Handwerk und Gewerbe liegt darin begründet, daß das benachbarte Elsaß mit seinen weit geringeren Feuerkosten und sozialen Lasten unter Ausnützung der Währungsverhältnisse seine Produkte wesentlich billiger nach Baden ausführen kann, als sie das badische Handwerk herzustellen in der Lage ist. So wurde z. B. das Tischergewerbe durch Einfuhrung billiger elsässischer Waren fast völlig lahmgelegt.

Aber unsere Preise sind nicht nur dem benachbarten Elsaß-Lothringen gegenüber konkurrenzunfähig, auch unsere Ansichten nach der Ohrgrenze, gen Württemberg, sind die denkbar ungünstigsten. Da Württemberg infolge seines durch Kriegs- und Nachkriegszeit weniger gestörten Wirtschaftslebens, seiner niedrigeren Löhne und seiner billigeren Lebensmöglichkeiten in die badische Wirtschaft heute vielmehr als früher eintritt, so bleibt für das badische Handwerk und Gewerbe im engeren Land ein fühlbar beschnittenes Arbeitsgebiet übrig; und das ist durch die starke Konkurrenz der Großbetriebe, die in der Vorkriegszeit ihren Absatz nach dem Elsaß hatten und sich mit der heimischen Wirtschaft gar nicht zu befassen brauchten, sehr gering geworden.

Eine weitere sehr einschneidende Quelle der Notlage, die gerade den gewerblichen Mittelstand hart betrifft, ist die durch den Versailleser Vertrag aufgezogene

Entmilitarisierung einer 50 km breiten Zone Badens.

Ist diese Maßnahme zwar zunächst nur rein militärisch, so hat sie für die Wirtschaft weitgehende Schädigungen und Nachteile zur Folge. Dürfen doch in der entmilitarisierten Zone ohne die Genehmigung der Vorkriegszeitkonferenz und ohne Befragen der interalliierten Militärkontrollen keine neuen Anlagen, keine neuen Geleise und keine neuen Brücken gebaut werden.

Es kommt hinzu, daß in dieser entmilitarisierten Zone keinerlei deutsche Heeresmacht oder sonstige militärische Einrichtungen gehalten werden dürfen; dies bedeutet den Verlust der zahlreichen Garnisonen, über dessen Auswirkungen auf die Städte Freiburg, Müllheim, Lahr, Offenburg, Kallatt, Karlsruhe, Bruchsal und Mannheim eigentlich kein Wort zu sagen notwendig ist. Durch die ausfallende Versorgung von vielen Tausenden von Heeresangehörigen entstehen neben anderen Gewerben vor allem dem Bekleidungs- und Nahrungsmittelhandwerk ganz bedeutende, nicht zu ersehende Ausfälle an Aufträgen. Aber noch mehr. Viele Geschäfte, welche nur für Militär lieferten, haben sich auf Zivilarbeit umgestellt und beugen den Arbeitsmarkt der bisherigen Zivilfirmen. Außerdem macht sich das Abwandern großer Indu-

strien aus den Grenzländern nach dem Innern des Reiches bei dem engen wirtschaftlichen Zusammenhang von Industrie und Handwerk in dem letzteren recht nachteilig fühlbar.

Mit der benachbarten Schweiz

steht zur Zeit das Bädergerwerbe im Wettbewerb auf vollständig ungleicher Grundlage. Diese ungleiche Wettbewerbsgrundlage hat zweierlei Ursachen, die zu suchen sind einmal in den aus der verschiedenartigen Zollpolitik Deutschlands und der Schweiz resultierenden Preisunterschieden für Getreide und Mehl, sodann in der Auswirkung sozialpolitischer Gesetze Deutschlands, denen in der Schweiz ähnliche gesetzliche Anordnungen nicht gegenüberstehen. Da bekanntlich das Bedürfnis nach frischen Frühstücksbäckwaren ein sehr großer ist, so deckt eine ganze Anzahl deutscher Familien ihren Bedarf an Bäckwaren morgens aus der Schweiz, weil die deutschen Läden vor 7 Uhr morgens nicht öffnen dürfen. Ein weiterer schädlicher Grund ist der, daß nach der Verordnung vom 23. November 1918 in den deutschen Bäckereien erst morgens um 5 Uhr mit der Arbeit begonnen werden darf, während man in der Schweiz schon von 2 bis 3 Uhr an tätig sein kann. Der Beginn der Arbeitszeit sollte daher mehr den Wünschen und Bedürfnissen der Wirtschaft angepaßt werden können.

Nach dem deutschen Rechte kann sich jeder Schweizer auf deutschem Gebiet niederlassen und ein Gewerbe ausüben, während nach dem Schweizer Recht die Niederlassung an die Genehmigung der Schweizer Zentralbehörde gebunden ist, welche in der Regel nicht erteilt wird. Bei der überaus vielseitigen Verflechtung der wirtschaftlichen Beziehungen des badischen Grenzlandes mit der Schweiz bedeutet diese unterschiedliche Behandlung eine schwere Schädigung berechtigter Wirtschaftsinteressen, insbesondere des badischen Grenzhandwerks. Ein in der Schweiz ansässiger Handwerksmeister darf unbehindert auf deutschem Gebiete gewerbliche Lieferungen und Leistungen ausführen, während umgekehrt ein in badischen Grenzgebiet wohnhafter Handwerksmeister auf schweizerischem Gebiet ohne besondere Genehmigung der schweizerischen Zentralbehörde handwerksmäßige Lieferungen und Leistungen nicht ausführen darf. Nach Ansicht des Handwerks müßten diese Schäden leicht behoben werden können.

Ohne auf die Notwendigkeit einer besonders großzügig angelegten Hilfsaktion seitens des Reiches zur Vinderung der Not in dem Grenzland Baden einzugehen, möchte ich feststellen, daß das gesamte badische Handwerk und Gewerbe die Reichsregierung dringend darum bittet,

daß das Grenzhandwerk zunächst von Reichsbehörden und Reichsanstalten mehr als bisher mit Arbeit und Aufträgen bedacht wird,

um dadurch die besonders stark in Erscheinung tretende Not zu lindern. Es kann angehts der mitleidigen Wirtschaftslage des Handwerks, hervorgerufen zum großen Teil durch die Grenzlage Badens, kein unbilliches Verlangen sein, daß sämtliche Reichsbehörden in Baden ihre Aufträge an badische Firmen vergeben. Darüber hinaus ist es angehts dieser Notlage erforderlich, daß ein größerer Prozentsatz an Lieferungen als Baden eigentlich anzufordern hat, der badischen Wirtschaft vom Reich in Auftrag gegeben wird. Wenn z. B. die Reichsbahn Zimmerarbeiten, die sie in Heidelberg, Freiburg und Mannheim zu vergeben hat, außerhalb Badens vergibt mit der Begründung, daß ihre Arbeitsvergebung unter dem Einfluß der Reichsbahnverwaltung in Berlin stehen würde, so bringen wir hierfür kein Verständnis auf. Hiermit wird der Reichsrat vom badischen Handwerk und Gewerbe dringend gebeten, auf eine mehr im Sinne der badischen Wirtschaft gelegenen Handhabung des Vergabewesens sämtlicher Reichsbehörden hinzuwirken, als dies bisher der Fall gewesen ist. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb irgendwelche Bekleidungsstücke, sei es für die Reichswehr oder Post, für Forst- oder Zollbeamte außerhalb Badens hergestellt werden sollen.

So liegt ein schwerer Schatten über diesem wertvollen, schönen Landesteil Südwestdeutschlands, den Sie in den letzten Tagen kennengelernt haben. Leider hat Baden nicht immer das Gefühl gehabt, bei den Arbeitsvergaben genügend Berücksichtigung zu finden und im Reich entsprechend gewürdigt zu werden. Der badische Handwerker und Gewerbetreibende ist ein ruhiger, demokratisch veranlagter Mensch, der gewöhnt ist, sich selbst zu helfen. Erst in der letzten Stunde, als die Gefahr immer größer wurde, erst als die Wogen über seinem Kopf zusammenzuschlagen drohten, wendet er sich hilfesuchend an das Reich. Diese Hilfe soll der Wirtschaft Badens den Übergang zum Vorwärtskommen aus eigener Kraft erleichtern. Unser gewerblicher Mittelstand verlangt nichts mehr als ein verständnisvolles Eingehen auf seine geographische und wirtschaftlich gegebene Sonderstellung. Wenn daher an der Erhaltung der deutschen Kultur in der Südwestecke des Reiches gelegen ist, der trete ein in die Front unserer Kämpfer für die Erhaltung der Wirtschaft in Baden. Das nationale Interesse verlangt, daß das westliche Grenzgebiet vor der Gefahr der wirtschaftlichen Verödung bewahrt und daß die Bevölkerung Badens mit neuer Hoffnung und neuem Lebensmut erfüllt wird.

Landtagsabgeordneter Rüdert

Die Lage der Arbeitnehmer

Von der ungünstigen wirtschaftlichen Lage unseres Landes, die Ihnen bereits in eindringlicher Weise zum Vortrag gebracht wurde, sind am unmittelbarsten die Arbeitnehmer betroffen. Aus Gründen, die nicht wiederholt zu werden brauchen, ist

die Zahl der Arbeitslosen dauernd erheblich größer als im benachbarten Württemberg.

Dabei hat das Nachbarland nicht nur einige Hunderttausend Einwohner mehr, sondern auch eine viel größere Zahl von Arbeitnehmern.

Württemberg hatte Ende Juli 1929 rund 780000, Baden jedoch nur rund 687000 frankenverpflichtungspflichtige Arbeitnehmer. Das Nachbarland hatte also fast 100000 beschäftigte Arbeitnehmer mehr und trotzdem hat unser Land dauernd weit mehr Arbeitslose. Ende Mai zählte man in Württemberg 7622 männliche und 3301 weibliche, zusammen 10923 Arbeitslose, dagegen in Baden 20871 männliche und 10295 weibliche, zusammen 31166 Arbeitslose. Dazu kamen in Baden 5700 in Krisenfürsorge stehende, während in Württemberg nur 1500 gezählt wurden. Die Zahl der unterstärksten Arbeitslosen war rein zahlenmäßig verglichen in Baden mithin dreimal größer wie in Württemberg, wobei, was eingangs schon erwähnt wurde, die größere Zahl Arbeitnehmer in Württemberg nicht berücksichtigt ist.

Die größte Not aber leiden die Ausgesteuerten, diejenigen unserer Mitbürger, die zum Teil seit Jahren auf die Bezüge der allgemeinen Fürsorge angewiesen sind. Die hier in Betracht kommenden gehen in die Tausende.

Diese Zahlen reden eine recht eindringliche Sprache. Sie zeigen, daß in dem anscheinend blühenden Garten zwischen Rhein, Oberrhein, Schwarzwald und Bodensee die Lage für Tausende und aber Tausende unserer Volksgenossen eine fast unerträgliche ist. Ich weiß, daß auch in den übrigen Teilen unseres Reiches die wirtschaftlichen Verhältnisse und damit auch die Lage der Arbeitnehmer keine rosig sind. Wenn in Baden die ungünstigen Verhältnisse besonders in Erscheinung treten, so ist das insbesondere auf die Grenzlandlage zurückzuführen. Die vor dem Kriege bestehenden Wechselbeziehungen, die durch die Stammesgleichheit zwischen Ober- und einem Teil Mittelbadens und dem Elsaß begünstigt wurden, sind in der Nachkriegszeit aufgehoben worden. Der Arbeitermarkt ganzer Bezirke, wie beispielsweise im Bezirk Kehl, wurde dadurch die Möglichkeit eines lohnenden Verdienstes mit einem Schlag genommen.

Die allgemeine geographische, insbesondere die Grenzlandlage Badens ist offenbar nicht besonders geeignet, es zum Sitz von

Konzernen usw. auszuwählen. Wir müssen daher immer wieder die Erfahrung machen, daß bisher selbständige Betriebe in Handel, Industrie und im Versicherungsgewerbe aufgehoben und diese nach außerhalb Badens befindlichen Blagen verlegt werden.

Nur ein geringfügiger Teil der Arbeitnehmer wird bei solchen Konzentrationsbestrebungen mit übernommen. Der größere Teil bleibt als Opfer dieser Bewegung arbeitslos im Lande zurück. Neben den Handarbeitern sind insbesondere auch die Angestellten schwer betroffen. In der Stadt Karlsruhe z. B. sind Tausende von Angestellten, die aus Anlaß der Personalabbauverordnung im Jahre 1923 und 1924 zur Entlassung kamen, insbesondere soweit sie den höheren Lebensaltern angehören, bis heute ununterbrochen arbeitslos. Es hat den Anschein, daß für diese bedauernswerten Kreise die Arbeitslosigkeit zum besonderen Verurtheil wird.

Baden, im Süden und im Osten an andere Länder stoßend, hat

#### vom gesamtdeutschen Standpunkte aus gesehen,

besonders große kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Auch die Arbeitnehmer in Baden erwarten daher, daß von Reichs wegen alles getan wird, was möglich ist, die badische Wirtschaft, zu der auch die Arbeitnehmer zählen, nach besten Kräften zu fördern. Dies geschieht nicht durch Unterstüpfungen, sondern durch wirtschaftliche Betätigung.

Ich denke daran, daß alsbald, nachdem die außenpolitischen Schwierigkeiten aneinander überwinden sind, mit dem Bau der Rheinbrücken begonnen wird. Aber selbst wenn diese alsbald in Angriff genommen werden können, wird dies nur zur teilweisen Linderung der Not beitragen. Vor allen Dingen müßte die deutsche Reichsbahn unter Umständen mit Hilfe des Reiches veranlaßt werden, die Elektrifizierung auch der Nord-Südlinie durchzuführen. Die Inangriffnahme dieser Arbeit würde Tausenden von Arbeitnehmern Arbeit und Brot verschaffen und würde die ganze Wirtschaft unseres Landes beleben.

In einer wirtschaftlichen Belebung sollte aber nicht nur die Wirtschaft, einschließlich aller Arbeitnehmer unseres Landes, sondern weiter darüber hinaus alle Kreise des deutschen Reiches ein Interesse haben. Baden ist ein altes Kulturland. Es in allen Teilen zu erhalten und zu fördern, scheint mir auch vom Arbeitnehmerstandpunkt aus Aufgabe des ganzen deutschen Vaterlandes zu sein.

### Generalkonful Menzinger

#### über die verkehrspolitische Bedeutung Badens

viel zu sagen, wäre ein fruchtloses Beginnen, denn die Schönheiten und realen Vorzüge des badischen Landes sind allgemein bekannt und gekannt. Berg und Wald und Wasser schaffen in annuetsvollem Zusammenwirken eindrucksvolle Naturgemälde, die jedem entzücken. Heißtägliche Quellen entspringen in reicher Fülle dem Schoß seiner Erde, ein mildes Klima unterstüzt seine Heilwirkungen, so daß durch das ganze Jahr hindurch die wertvollsten Kurmöglichkeiten gegeben sind. Durch seine geographische Lage als Vorland zu dem Besuche der Schweiz und als natürliche Angliederung an die alte Kaiserstraße des Rheintales, bedeutet Baden ein Verkehrsland von internationaler Bedeutung.

Wer aber die verkehrspolitische Entwicklung dieses Landes in den letzten Jahren genau verfolgt hat oder selbst aktiv an der Arbeit hierfür beteiligt war, der muß ein Gefühl des Unbefriedigtseins über die Gegenwart und der Furcht für die Zukunft empfinden. Baden hat als Grenzgebiet im Südwesten außerordentlich schwere wirtschaftliche Schädigungen durch die territorialen Umgestaltungen nach dem Kriege erfahren. Der frühere sehr starke Kontrahentstrom aus Elsaß-Lothringen, ein schwerwiegender Faktor für Badens Verkehr und Wirtschaft, ist durch die Folgen des Krieges, Abtretung und Grenzabriegelung, gesehnt worden. Auf der anderen Seite muß mit Enttäuschung festgestellt werden, daß Baden sowohl in großen und bedeutsamen Fragen als auch in weniger wichtigen Angelegenheiten nicht diejenige Unterstützung und Förderung fand, wie sie anderen, von den Auswirkungen des Krieges nicht so schwer betroffenen Gebieten zuteil wurde.

Dem badischen Land blieb für die

**Ausnützung seiner Wasserkräfte größere finanzielle oder sonstige Hilfe** aus dem Reich verjagt, wie eine solche beim Redarlanal und bei den bayerischen Kraftwerken (durch Stromabnahmeverträge der Reichsbahn) gegeben wurde. Auch in der Frage der Ausgestaltung der Eisenbahnlücken und der Elektrifizierung der Bahnen sollen die nicht minder wichtigen Interessen des südwestdeutschen Grenzgebietes zurückgestellt werden. Überall in diesen Fragen macht sich das Fehlen einer mit den Verhältnissen vertrauten Vertretung in den maßgebenden Instanzen in Berlin deutlich fühlbar. Wir benötigen daher dringend eine solche

**Vertretung unter anderem im Verwaltungsrat der Reichsbahn Berlin.**

Die Hauptlinien des badischen Landes und die Gebirgsbahnen des Schwarzwaldes entsprechen allen Voraussetzungen für eine rasche und dringliche Elektrifizierung. Mit bedeutenden Opfern sind die großen Wasserkräfte des Landes der elektrischen Stromerzeugung dienstbar gemacht worden. Es wäre unverständlich, die gewonnenen Kräfte nicht der Wirtschaft und dem Verkehr des Landes wieder zutommen zu lassen. Jede weitere Verzögerung der Elektrifizierung der Bahnlücken bedeutet eine nicht mehr ausgleichende Schädigung dauernde lebenswichtiger Interessen des badischen Landes. Groß ist die Enttäuschung in den badischen Verkehrs- und Wirtschaftskreisen darüber, daß die künftige Ausgestaltung und Verbesserung der Verkehrswege in Baden bis jetzt nicht in gleicher Weise wie für die übrigen süddeutschen Länder durch Verträge sichergestellt werden konnte.

Außerordentlich drückend ist die Not, die der badischen Fremdenindustrie aus der

**Abtretung von Elsaß-Lothringen**

erwuchs. Die seit 15 Jahren bestehende Unterbindung des Verkehrs mit dem Elsaß, dessen früheren starken wechselseitigen Beziehungen zu Baden der einheimischen Hotelindustrie lebenswichtige Momente waren, hat in Verbindung mit sonstigen schweren Schädigungen das einst bedeutende Gasthätten- und Hotelgewerbe Badens in einen Dauerzustand aufreibender Existenzkämpfe und Krisen verurteilt, zu deren Beweis auf die fortgesetzten Verkäufe größter und schöner Hotels der letzten Jahre hingewiesen sei. Eine vorübergehende, durch eine Schönwetterperiode bedingte verhältnismäßig günstige Frequenz einiger Monate in wenigen, besonders beliebten Bade- und Kurorten darf über den allgemeinen trübsamen Zustand des Hotelgewerbes nicht hinwegtäuschen. Die Grenze gegen Westen muß daher in unserem eigenen Interesse weit geöffnet werden. Wenn Frankreich aus politischen oder sonstigen Gründen auch weiterhin an einer Hemmung des Grenzverkehrs festhält, so liegt deutschseits kein Anlaß vor, diese Abriegelung zu unterhalten. Im Gegenteil, alle Gründe, insbesondere solche wirtschaftlicher Art, lassen die Öffnung der Grenze nach Deutschland ohne Bindungswang als dringend notwendig erscheinen.

Das badische Land hat selbst in den letzten Jahren außerordentlich hohe Opfer gebracht, um den Fremdenverkehr heranzuziehen durch

**Verbesserung und Erneuerung der Landstraßen**

in größten Ausmaßen. Damit ist zugleich die Erschließung durch den Kraftwagenverkehr gefördert worden. Gewaltige Arbeit ist bereits von Staat und Gemeinden geleistet worden. Jedoch sind die Mittel, die für diesen Zweck dem badischen Staat und seinen Gemeinden zur Verfügung stehen, so unzulänglich, daß das Ziel nur teilweise verwirklicht werden konnte. So war es bis jetzt

nicht möglich, das bedeutsame Projekt regelmäßiger Fernkraftposten über den 252 km langen Höhenzug des Schwarzwaldes zur Ausführung zu bringen.

Was wir billigerweise erwarten müssen, ist Vermeidung einer Zurücksetzung in wichtigen grundlegenden Verkehrsfragen des badischen Landes und Unterstützung und Förderung zur Überwindung der durch die neue Lage als Grenzland entstandenen schweren Schäden. Wohl ist der Glanz der ehemals blühenden Industrie verblaßt, doch ewig neu zeigt sich alljährlich die Schönheit unserer Heimat im neuen Glanze. Die damit gegebenen wirtschaftlichen Werte zu erschließen, hat sich der Badische Verkehrsverband zur Aufgabe gemacht. Nur sehr bescheidene Mittel stehen zu diesem Zweck leider zur Verfügung. So ist es erklärlich, daß alljährlich mit dem Reiseverkehr nach dem Ausland Millionenwerte aus dem Volksermögen verlorengehen und wir nicht in der Lage sind, obwohl nach Westen und Süden vom Ausland umgeben, etwas zur Förderung des Verkehrs von diesen benachbarten Ländern nach unserem Gebiet zu tun. Jede Hilfe und Förderung, die uns hier zuteil wird, kommt vielfach wieder der deutschen Wirtschaft zugute.

### Bürgermeister Eifner, Baden-Baden

#### Die mittige Wirtschaftslage der Stadt Baden-Baden.

Nicht von der allgemeinen Wirtschaftslage soll hier die Rede sein, unter deren Druck sämtliche Gemeinden zu leiden haben. Es soll hier lediglich gesprochen werden von der über das gewöhnliche Maß hinausgehenden Notlage, in der sich die Stadt Baden-Baden befindet.

Unter den ungünstigen Faktoren, auf deren Zusammenwirken diese besondere Notlage zurückzuführen ist, spielen zunächst eine bedeutende Rolle die eigentümlichen Verhältnisse, welche die Stadt

#### Baden-Baden als Wohnstadt

aufweist. Sie erhält ihr besonderes Gepräge durch die Eigenart ihrer geographischen Lage und der den Sonderanforderungen eines Kurortes sich anpassenden Bebauung. Eingebettet in einen schmalen Talsektor mit zahlreichen Seitentälern ist die Stadt hinsichtlich der Bebauung größtenteils auf die Bergflänge angewiesen. Normale Siedlungsverhältnisse weist nur der alte mittelalterliche Stadtkern auf, während außerhalb dieses Gebiets allenthalben die gelockerte Bauweise herrscht.

Die Stadt benötigt daher ein Straßennetz von einer Länge, die weit über dem Durchschnitt der anderen Städte liegt, z. B. im Verhältnis der Einwohnerzahl diejenige der Stadt Mannheim um mehr als das Dreifache übertrifft. Diese Eigentümlichkeit bedingt zungunslänglich eine im Vergleich zu anderen Städten unverhältnismäßig große Beanspruchung des Etats für die Unterhaltung der Straßen und Wege, für die unterirdischen Versorgungsanlagen sowie für die Straßenbeleuchtung. Andererseits ist die Abschneidung der Leitungen bei dünner Bebauung auch die städtischen Betriebswerke aufsehender, die im Vergleich mit anderen badischen Städten zu erwartenden Beträge zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zur Ablieferung zu bringen.

Sinsu treten nun noch die besonderen Anforderungen, die an die Stadt

#### Baden-Baden als Kurstadt

gestellt werden. Wohnungen durch die Eigenart als Kur- und Fremdenstadt muß die Stadt über Einrichtungen und Anstalten verfügen, welche Städte ähnlicher Größe und erheblich größere nicht brauchen, die aber der Kurgäste, vor allem der Ausländer, heutzutage als selbstverständlich betrachtet. Der zur Schaffung und Erhaltung dieser Anlagen und Einrichtungen erforderliche Aufwand verschlingt nahezu ein Drittel des gesamten Aufkommens aus sämtlichen Realsteuern.

Eine weitere Ursache der wirtschaftlichen Notlage ist zu suchen in den Nachwehen der Inflation und der Änderung der Struktur des Fremdenverkehrs, insbesondere ihrer wirtschaftlichen und

#### steuerlichen Auswirkungen.

Baden-Baden war vor dem Kriege nicht nur der weltberühmte Badeort, sondern zugleich der vornehmste Siedlungsort, der wohlhabende Anwohner als Bewohner zahlreicher Villen aufzuweisen hatte. Die Inflation mit ihrer verheerenden Geldentwertung hat aus diesen Großrentnern vielfach verarmte Menschen gemacht. Das früher blühende Wirtschaftsleben, welches in der wohlhabenden Fremdenkolonie seine gesunde Basis besaß, hat damit einen geradezu katastrophalen Niedergang erfahren. Er mußte sich im Vergleich zu den übrigen badischen Städten nicht nur in einer unverhältnismäßigen Steigerung des Fiskusgehalts, sondern gleichzeitig auch in der abnehmenden Ergiebigkeit der Steuerquellen äußern.

Die Stadt Baden-Baden, die früher unter den badischen Städten sich der verhältnismäßig größten Zahl von Großrentnern zu erfreuen hatte, besitzt heute demgemäß die verhältnismäßig größte Zahl von Kleinrentnern, die auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind. In gleicher Weise mußte sich auch die Ergiebigkeit der städtischen Steuern ändern. Mit 26,24 Mark des auf den Kopf der Bevölkerung berechneten Aufkommens aus Einkommen- und Kapitalrentensteuern im Jahre 1913 hatte Baden-Baden an der Spitze der badischen Städte gestanden. Diesem Aufkommen steht heute gegenüber der Anteil an dem Aufkommen aus den Ersatzsteuern, die an die Stelle dieser beiden alten badischen, jeinerzeit den Gemeinden überlassenen Steuerarten getreten sind, nämlich der **Reichseinkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer**. Er betrug im Jahre 1928, ebenfalls auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, 24,12 Mark. Damit ist Baden-Baden in der Reihe der badischen Städte an die drittelte Stelle gerückt, bei Berücksichtigung des Steuerertrags der Vorkriegszeit aber von allen badischen Städten weit überflügelt worden.

Einen ungünstigen Einfluß mußte insbesondere der Niedergang des Wirtschaftslebens auch auf die Erträge der **Reichsumsatzsteuer** ausüben. Ihre Ergiebigkeit ist beeinträchtigt einerseits durch die Eigenart des Saisonbetriebs, der größere Umsätze nur im Sommer kennt, und durch den Rückgang der Kaufkraft der früher wohlhabenden Anwohner, andererseits durch die Wandlung, die der Fremdenverkehr selbst vollzogen hat. An Stelle des Kurgastes der Vorkriegszeit, der meist für längere Zeit Aufenthalt zu nehmen gewohnt war, ist der Reisende getreten, dessen Aufenthalt auf wenige Tage beschränkt ist. Diese Wandlung wurde begünstigt durch die fortgeschrittene Entwicklung des Automobilverkehrs.

Die Wirkung dieses Umschwungs der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Ergiebigkeit der städtischen Steuern ist nicht ausgeblieben. Sie zeigt sich darin, daß der Anteil der Stadt an den Reichsteuervereinerungen im Verhältnis weit geringer ist, als in anderen Städten. Sämtliche andere badischen Städte erhalten weit höhere Steuerüberweisungen, als sie früher selbst an entsprechenden Gemeindesteuern erhoben haben. Baden-Baden ist die einzige Stadt, die heute aus Reichsüberweisungen weniger erhält, als sie früher aus eigenen Steuern herausholen konnte. Diese finanzielle Entwicklung zum Nachteil der Stadt Baden-Baden läßt sich in ihrer Tragweite erst erkennen im Vergleich mit dem Plus der Steuerüberweisungen, das in anderen badischen Städten nahezu das Dreifache der früheren Erträge ausmacht. Entsprechend die Überweisungen aus den heutigen Reichsteuern dem Durchschnitt der Steuerüberweisungen der anderen badischen Städte, so bestände die Möglichkeit, bei den Realsteuern eine Senkung um ein volles Drittel vorzunehmen.

Zur Deckung dieses Anfalls ist die Stadt genötigt, ihre Einwohner mit der **Gemeindesteuer** derart stark heranzuziehen, daß sie im Vergleich zu anderen Städten wiederum an der Spitze steht. Die Gemeindesteuer belastet den Kopf der Bevölkerung z. B. in Karlsruhe mit 25,05 Mark, in Baden-Baden dagegen mit 46,56 Mark. Diese Überlastung muß sich um so verhängnisvoller auswirken,

als die Inhaber der mit den Gemeindesteuern belasteten Werte gleichzeitig auch im besonderen Maße von der wirtschaftlichen Krise selbst betroffen sind. Dies gilt in erster Linie

#### vom Hotelgewerbe,

das in der Hauptsache Saisonbetrieb ist und deshalb von den hohen Steuern besonders hart betroffen wird. Wenn die Fremdenbesuchsziffern auch eine erfreulich steigende Tendenz aufweisen, zeigen sie doch nur bei oberflächlicher Betrachtung das Bild einer guten Konjunktur; geben sie doch lediglich Aufschluß über die Zahl der angekommenen Fremden, nicht aber über die Aufenthaltsdauer des einzelnen Kurgastes, insbesondere auch nicht über den von ihm getätigten Umsatz. Die Frequenzziffern vermögen daher nicht hinwegzutäuschen über

#### die bedrohliche Lage des Fremdengewerbes.

Erhebungen über 66 Betriebe geben ein erschreckendes Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse dieses für Baden-Baden lebenswichtigen Gewerbes. Die Hauptursache der mangelnden Rentabilität dieser Betriebe ist in erster Linie zu suchen in dem hohen Steuerdruck, den das Fremdengewerbe nicht auf seine Gäste abwälzen kann, da dem mit geringerem Steuerdruck und geringeren Zins- und sozialen Kosten arbeitenden Auslande gegenüber Konkurrenzpreise gehalten werden müssen.

Das Fremdengewerbe ist aber zugleich als **Schlüssigerwerb** bestimmend für die Lage der gesamten Wirtschaft. Es gibt kaum ein Gewerbe, das nicht mehr oder minder von der Hotelwirtschaft abhängig wäre. Die Notlage des Fremdengewerbes ist somit das Spiegelbild für die wirtschaftliche Lage der Gesamtbevölkerung, insbesondere des **Handwerks** und des **Handelsgewerbes**. Einen bedenklichen Rückgang weist daher auch die Gewerbeertragssteuer und das Betriebsvermögen auf, letzteres z. B. von 29865500 Mark im Jahre 1914 auf 20446150 Mark im Jahre 1925.

Dieser Niedergang der Konjunktur konnte auch nicht ohne Folgen bleiben für

#### die Lage des Hausbesitzes.

Die auf den Läden ruhenden Mieten sind in der bisherigen Höhe nicht mehr aufzubringen. Sollte in früheren Jahren noch ein fühlbarer Mangel an Läden geherrscht, ist heute schon ein Überfluß an Läden bemerkbar. Ein Gerachsinken der Ladenmieten und damit der Grundlage der Einnahmen des Hausbesitzers ist die unausbleibliche Folge, muß sich aber gerade hier in Baden-Baden um so schroffer äußern, als in der Vorkriegszeit der blühende Geschäftsgang, gestützt auf die Kaufkraft der wohlhabenden Anwohner und den Konsum der Fremden, Steuererhöhungen zuließ, die den Werten guter Geschäftslagen in den größten badischen Städten entsprachen.

Mit der Verminderung dieser Kaufkraft und dem mit der veränderten Struktur des Fremdenverkehrs verbundenen Rückgang des Konsums sind aber gerade die früher für die Bildung der Verkehrswege der Grundstücke ausschlaggebenden günstigen Faktoren in Wegfall gekommen. Es ist daher auch kein Wunder, wenn der Verkehrsverfall immer weiter unter die veranschlagten Steuerwerte herabsinkt. Daß die Steuern somit erhoben werden von Werten, die schon längst nicht mehr vorhanden und daher innerlich unwohrt sind, erscheint auf die Dauer um so weniger gerechtfertigt, als auf das Hotelgewerbe nur ein Fünftel des gesamten Grundstücksvermögens entfällt, die durch den türerlichen Aufwand über den Landesdurchschnitt hinaus gesteigerten Löhne somit zu vier Fünfteln von dem nicht zum Hotelgewerbe zählenden Hausbesitz und Gewerbe zu tragen sind. Die Zugrundelegung des wahren Verkehrsverfalls bei der steuerlichen Veranlagung erscheint unter diesem Gesichtspunkt als die auf die Dauer unausbleibliche Regelung. Wie die durch eine Zusammenstümpfung der Veranlagungswerte entstehende Lücke ausgeglichen werden kann, ist eine vorerst ungewisse, aber für die Zukunft eines Kurorts von der Bedeutung eines Weltbades ausschlaggebende Frage. Sie kann jedenfalls nicht gelöst werden auf dem Wege der Erhöhung des Steuerfußes, der sonst eine die Konkurrenzfähigkeit des Weltbades geradezu vernichtende Steigerung erfahren müßte.

Zu diesen inneren Schwierigkeiten der Finanzverwaltung treten nun noch die Verluste, die die gesamte Wirtschaft

#### infolge der Umwälzung der politischen Verhältnisse

erlitten hat. Der russische Kurgast, der in der Vorkriegszeit mit dem französischen Fremden das Hauptkontingent des ausländischen Fremdenpublikums gebildet hat, ist naturgemäß ganz ausgefallen. Der Besuch aus Frankreich ist stark herabgesunken. Der früher starke Verkehr aus dem Elsaß ist lahmgelegt. An Stelle dieser den wirtschaftlichen Aufschwung der Vorkriegszeit bedingenden Faktoren ist nun die zunehmende Konkurrenz durch das benachbarte Ausland getreten. Neben der Schweiz, die durch die beschränkte Zulassung des Gladiesspiels dem eigenen Fremdenverkehr einen nicht zu unterschätzenden Anreiz gegeben hat, läßt insbesondere Frankreich kein Mittel unverdacht, durch Förderung entlang der deutsch-französischen Grenze neu entstehender und tatkräftiger Unternehmung bereits bestehender Kurorte den Fremdenverkehr ins eigene Land zu lenken bzw. dort festzuhalten.

Dem gleichen Ziel dient die systematische Propagierung des Gladiesspiels. Daß die deutsch-französische Grenze in den letzten Monaten mit einem Gürtel neuer Spielbetriebe versehen worden ist, zeigt zur Genüge, mit welcher Entschlossenheit ans Werk gegangen wird, um dem deutschen Fremdengewerbe die denbar schwersten Wunden zu schlagen. Denn mit dieser tatkräftigen Unterstützung des Spiels wird nicht nur das französische und das meist über Frankreich reisende amerikanische, sondern auch das spiellustige deutsche Fremdenpublikum angelockt; es werden damit aber auch die Mittel geschaffen, die der Ausbau der augenblicklich noch im Anfangsstadium ihrer Entwicklung sich befindenden Plätze zu erschaffen, dem Ausland gegenüber konkurrenzfähigen Kurorten erfordert. Welche Leistungen auf diesem Wege vollbracht werden können, zeigt am besten die Entwicklung von Baden-Baden selbst, dessen bedeutendsten Kuranlagen den aus dem damals hier bestehenden Spiel geschöpften Mitteln ihre Entstehung und ihre weitere, den Belust des Badeorts begründende Ausgestaltung erfahren haben.

Wichtig somit die Eigenart als Wohnstadt im Zusammenwirken mit ihrer Besonderheit als Kurstadt Baden-Baden zu Ausforderungen größten Ausmaßes, die andere badische Städte nicht kennen, hat andererseits die eigentümliche Entwicklung der steuerlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit die Stadt Baden-Baden der Möglichkeit beraubt, den zur Deckung dieses Aufwands erforderlichen Ausgleich aus eigenen Kräften zu schaffen. Zu dieser inneren Notlage tritt die wachsende Bedrohung der gesamten Wirtschaft durch die zunehmende ausländische Konkurrenz. Es ist unmöglich, diesen Konkurrenzkampf mit den bisherigen ungleichen Waffen auch weiterhin zu führen. Der systematische Ausbau der öffentlichen Gladiesspiele in anderen vom Reiseverkehr bevorzugten Ländern insbesondere in Frankreich, hat diese Ungleichheit der wirtschaftlichen Kampfmittel verhärtet.

So lange die Reichsregierung die Anwendung des gleichen Kampfmittels unmöglich macht, ist Baden-Baden auf anderweitige Hilfe, sei es durch **Gewährung von Reichssubventionen**, sei es im Wege **steuerlicher Sonderbehandlung** angewiesen, die abweichend von der allgemein gültigen schematischen Regelung den eigenartigen örtlichen Verhältnissen und Erfordernissen Rechnung trägt. Eine weitere Anspannung der Steuerkraft der Einwohner müßte zu einem Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft führen. Trotzdem wird es aber auch bei schärfster Kürzung der Ausgaben nur auf dem Wege der Erhöhung der Einnahmen Baden-Baden möglich sein, den Rang unter den Weltkurorten zu wahren, den es bisher inne hatte und dessen Erhaltung nicht nur im örtlichen, sondern im allgemeinen deutschen Interesse liegt.